



Stabilitätspaket 2012–2016

**Dank ÖVP: 3:7-Niederlage für
die arbeitende Bevölkerung**

PRIVATKLASSE
MERKUR GESUNDHEITSVORSORGE



EXKLUSIV mit Gruppenrabatt für PflichtschullehrerInnen in Kärnten & deren Familienangehörige

GUTE Gründe, die für die Merkur Privatklasse sprechen:

- **20 % Gruppenrabatt** und **6 % Familienbonus**
- Zugang zur bestmöglichen medizinischen Betreuung
- Aktive Mitgestaltung bei Ihrer persönlichen Gesundheitsvorsorge
- Freie Wahl des Arztes und des Krankenhauses
- Behandlung sowohl durch Schulmedizin als auch durch Ganzheitsmedizin
- Sinnvolle Ergänzung zur staatlichen Gesundheitsversorgung

GesundheitsPlus (optional)

- Merkur garantiert Ihnen **50% Prämienersparnis** ab dem 65. Lebensjahr
- Und/oder **garantierter Prämienbonus** von 2 Monatsprämien

Merkur Gesundheitsvorsorge-Programm ego4you

Sie wählen z.B. aus den Programmen:

- AKTIV Sport • AKTIV Harmonie oder • AKTIV Medizin

Das Angebot reicht von klassischer Schulmedizin über fernöstliche Medizin, von speziellen Programmen für innere und äußere Schönheit bis zu einem Stressbewältigungsprogramm und speziell abgestimmten Trainingsprogrammen für sportlich Ambitionierte.

Für Ihre individuelle Beratung wenden Sie sich bitte an Ihre Merkur-Ansprechpartner

Für Unterkärnten:
Herr Organisationsleiter Marc Ebner
Landesdirektion Kärnten
9020 Klagenfurt, Lidmanskyygasse 17
Tel.: 0463/51 18 48-3612, Mobil: 0664/848 16 19
E-Mail: marc.ebner@merkur.at

Für Oberkärnten:
Herr Organisationsleiter Manfred Fischer
Geschäftsstelle Villach
9500 Villach, Nikolaigasse 39
Tel.: 04242/25 2 74-4626, Mobil: 0664/819 95 98
E-Mail: manfred.fischer@merkur.at

FKV2/499_PflichtschullehrerInnen Kärnten DVF: 0047465 Vorratlich Druck- und Satzfehler, Stand 2012

WIR VERSICHERN DAS WUNDER MENSCH.

MERKUR 
DIE GESUNDHEITS-VERSICHERUNG

*Wer Stroh im Kopf hat,
fürchtet den Funken der Wahrheit*



3:7-Niederlage für die arbeitende Bevölkerung

Nix mit: Her mit dem Zaster, her mit der Marie!

Während die 3 Maßnahmen

- ▶ Finanztransaktionssteuer
- ▶ Immobiliensteuer und
- ▶ Abgeltungssteuer für Steuerhinterziehung über Schweizer Konten

hinsichtlich ihrer Einbringung unsicher sind, werden sieben andere Maßnahmen sicherlich ins Schwarze treffen. Denn das geschützte Vermögen kann sich zurücklehnen und bei der breiten Masse der Bevölkerung wird abkassiert:

- ▶ 2013 – Nulllohnrunde im öffentlichen Dienst
- ▶ Negative Beispielwirkung auf Kollektivvertragsverhandlungen im Herbst 2012
- ▶ Verschlechterungen im Bereich der Korridor pension
- ▶ Verschlechterung im Bereich der Invaliditätspension
- ▶ Pensionserhöhungen unter der Inflationsrate
- ▶ Halbierung der Bausparprämie
- ▶ Halbierung der staatlichen Zuschüsse zu Zukunftsvorsorge

Abseits des „Stabilisierungspaketes“ erweist sich die ÖVP entgegen der Meinung führender Schulexperten permanent als Verhinderer von sinnvollen Reformen und Förderer von faulen Kompromissen. Die geplante Implementierung der Neuen Mittelschule ins Regelschulwesen führt zu Jubelstimmung bei den Konservativen, weil damit ihre geliebte AHS-Langform der Schullandschaft erhalten bleibt. Garniert wird diese sture Haltung noch mit oft provozierenden öffentlichen Äußerungen. Bemerkenswert dabei ist z.B. die Aussage des ÖVP-Generalsekretärs Rauch: „Nach dem Ergebnis des Bildungsvolksbegehrens ist die Gesamtschule vom Tisch, die ÖsterreicherInnen wollen sie nicht“. Wie schaut es mit der Beachtung von Umfragen aus, die eine qualifizierte Mehrheit der Bevölkerung für Erbschafts- und Vermögenssteuern ausweisen?

Die Neue Mittelschule ist keine Gemeinsame Schule. Das Ziel der sozialdemokratischen LehrerInnen war, ist und bleibt die „Langform Pflichtschulzeit“ (siehe Faksimile).





Foto: korrey @ pixelio.de

Vertrauen Sie den SLÖ-Reisepartnern!

Bacher Reisen & Carinthian Bus bringen Sie sicher und pünktlich wohin auch immer Sie mit Ihren Schülern reisen möchten:

- **Schulsportwochen** in Umag & Rovinj
- **Österreich-Rundfahrten** mit Sport & Kultur
- **Städtereisen** nach Florenz, Rom, London, Paris, Brüssel ...

Kontaktieren Sie uns für ein unverbindliches Angebot:

BACHERREISEN[®]

Bacher Reisen 9545 Radenthein
T: 04246 / 30720 · www.bacher-reisen.at

CARINTHIAN BUS[®]

Carinthian Bus 9020 Klagenfurt
T: 0463 / 326 880 · www.carinthian.biz



**IHR KULINARISCHER TREFFPUNKT
IM HERZEN VON KLAGENFURT**

GASTHAUS ERIAN

GmbH & Co KG

9020 Klagenfurt
Adlergasse 16

Tel. 0463/57-1-35
Fax 0463/50-5-92



E-Mail:
Gasthaus.Pirker@aon.at
www.gasthaus-pirker.at

Durchgehend warme Küche
Montag bis Freitag von 8.00 bis 24.00 Uhr geöffnet

**Dienstrechtliche
Informationen
finden Sie unter
www.za.ksn.at**

**Informationen seitens
des SLÖ gibt es unter
www.sloe-kaernten.at**



**Kärntens Jugendgästehäuser –
die erste Adresse für Schulsport-
und Projektwochen**

- ▲ Jugendgästehaus Klagenfurt
- ▲ Jugendgästehaus Villach
- ▲ Jugendgästehaus Heiligenblut
- ▲ Int. Jugend- und Familiengästehaus Velden-Cap Wörth

Landessekretariat:

Telefon +43(0)463-23 00 19,
Fax +43(0)463-23 00 19-13
e-mail: oejhv-kaernten@oejhv.or.at
www.hiyou.at oder www.oejhv.or.at



Stefan schreibt: **Ohne Maulkorb**

Viele Köche verderben den Brei

Die Diskussion um Reformen im Bereich der Schule sind etwa so alt wie die Existenz der Schulen selbst. Schon seit Jahrzehnten wird versucht, das traditionelle Schulsystem, das vielfach die alte Ständischen- und Klassengesellschaftsordnung vertritt, in Richtung Demokratisierung des Schulaufbausystems zu verändern. In erster Linie, um jedem/r gleiche Bildungschancen zu geben, ohne seine/ihre soziale und ökonomische Herkunft zu berücksichtigen. Gesetzliche Vorgaben haben es bis heute unmöglich gemacht, jene Schritte zu setzen, die in nahezu allen europäischen Staaten bereits Realität sind. Damit ignoriert man die Ergebnisse aller wissenschaftlichen Untersuchungen und das aus rein politischen Gründen. Mit dem verbalen Schreckgespenst „Gleichmacherei“ oder

„Nivellierung nach unten“ gelingt es konservativen Kräften immer wieder substanzielle Veränderungen zu verhindern. Das Ergebnis ist ein schwammiger Kompromiss im Bereich der Sekundarstufe (NMS neben AHS), im Bereich der Beurteilung (vertiefende und grundlegende Allgemeinbildung, Festhalten an der Ziffernbeurteilung) im Bereich der Zentralmatura und Bildungsstandards (wer berücksichtigt hier die Individualität der einzelnen Schüler), im Bereich des Sanktionierens (härtere Strafen versus Diskussion über die Motive).

Die Folge sind Verunsicherung und Demotivierung aller Schulpartner sowie Klagsdrohungen, Burn-Out-Erkrankungen, Schulverweigerer, etc. Dieser „Schulbrei“, an dem so viele, teilweise inkompetente Personen mitkochen, ist kein Genuss!

SPÖ-Kärnten unterstützt StudentInnen und setzt sich für Erhalt des Mozartheimes ein

Der Forderung nach dem Erhalt des Mozartheimes als StudentInnenheim verleiht die SPÖ mit einem Dringlichkeitsantrag an den Landtag Nachdruck.

„Wir wollen, dass das Studentenheim Mozartheim unseren Studentinnen und Studenten weiter als Zuhause zur Verfügung steht. Wir sind davon überzeugt, dass das der einzig richtige Weg ist, der den Universitätsstandort Klagenfurt und die StudentInnen schützt“, versichert Landesparteivorsitzender LHStv. Peter Kaiser den StudentInnen und Heimvertretern. Kaiser betont, dass die SPÖ in der Landesregierung gegen den von FPK und ÖVP beschlossenen Verkauf gestimmt hat. „Während FPK-Scheuch im Jahr 2010 in einer Regierungssitzung laut Protokoll noch versicherte, dass „am bisherigen Verwendungszweck des Mozartheimes weiterhin festgehalten werde“, fällt er den StudentInnen gemeinsam mit seinen blau-schwarzen Regierungskollegen jetzt in den Rücken“, machte Kaiser aufmerksam. Zudem gäbe es offenbar eine tiefe Spaltung zwischen FPK und ÖVP auf Landes und ihren Parteikollegen auf Stadtebene, da sich letztere längst dem

richtigen Weg der SPÖ angeschlossen und sich ebenso für den Erhalt des Studentenheimes ausgesprochen haben.

Die SPÖ sowohl auf Landes- als auch auf Stadtebene habe sich als einzige verantwortungsbewusste Partei von Anfang an mit den Studentinnen und Studenten

solidarisch gezeigt. Die SPÖ-Kärnten brachte in der Landtagsitzung im März einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem FPK und ÖVP aufgefordert werden, „dafür Sorge zu tragen, dass das Hochschülerhaus Mozartheim ungeachtet aller Maßnahmen die für die nachhaltige und zukünftige Nutzung des Standortes zu treffen sind, als Studentenwohnheim am Standort 9020 Klagenfurt, Mozartstraße 61, genutzt und auch hinkünftig garantiert zweckgewidmet wird“.

SPÖ-Vorsitzender LHStv. Peter Kaiser, GR Arno Arthofer, Stefan Sandrieser und Hermann Pansi (SLÖ), GRin Ruth Feistritzer, StR. Jürgen Pfeiler, Landesschulratsvizepräsident Rudolf Altersberger und StudentInnen setzen sich für den Erhalt des Mozartheimes ein



Die Reproduktion der Unwahrheit



Horst-E. Pintarich

FSG Mitarbeiter in der Bundesvertretung –
PflichtschullehrerInnen

Immer wieder meinen PolitikerInnen, durch Wiederholen derselben Unsinnigkeiten, diese als sinnvolle politische Maßnahme darstellen zu können, Die allseits beliebte und für ihre menschliche Wärme bekannte Finanzministerin reiht sich hier in eine ansehnliche Reihe von VolksvertreterInnen. Die Erde ist eine Scheibe. Die Erde ist eine Scheibe. Die Erde ist eine Scheibe.

O, pardon, Sie lesen schon mit. Irgendwie muss das doch funktionieren, wenn man etwas nur oft genug wiederholt.

Ist den LehrerInnen zumutbar.

Ist den LehrerInnen zumutbar.

Ist den LehrerInnen zumutbar.

Damals in meiner Kindheit hat es doch auch funktioniert. Zu Weihnachten.

Ein rotes ferngesteuertes Auto.

Ein rotes ferngesteuertes Auto.

Ein rotes ferngesteuertes Auto.

Und tatsächlich, da stand es auch unter dem Christbaum! Also wenn es damals funktioniert hat...

Der Grasser ist unschuldig.

Der Grasser ist unschuldig.

Der Grasser ist unschuldig.

Beeindruckend ist ja, wie die Frau Finanzministerin die Verhandlungen über das neue Dienstrecht konterkariert.

Die Lehrer sind faul.

Die Lehrer sind faul.

Die Lehrer sind faul.

Sogar die eigenen Leute waren über ihre Aussage schockiert. Aber ich glaub mit Diplomatie und Menschlichkeit hat sie es nicht so.

Schüssel hat die Rechte gezähmt.

Schüssel hat die Rechte gezähmt.

Schüssel hat die Rechte gezähmt.

Kein Wunder bei der Kindheit im Schotterwerk. So ein Schotterstein ist ja jetzt nicht unbedingt ein Ding, das viele Emotionen zeigt.

Ausländer sind kriminell.

Ausländer sind kriminell.

Ausländer sind kriminell.

Bei so Anlässen gibt es ja immer wieder Leute, neben denen man gerne sitzt, oder auch welche, naja. Sie wissen eh.

Das stell ich mir interessant vor, bei so einem Ministerrat der Finanzminister in Brüssel. Am Abend Bankette. Der litauische Finanzminister sitzt im Zimmer.

Not next to Mary.

Not next to Mary.

Not next to Mary.

Er sollte dem Protokollchef lieber ein paar Scheine in die Hand drücken. Wie das geht, könnte er bei Grasser lernen.

So läuft die Ministerin also wie ein Elefant im Porzellanladen durch die Gegend und zerbricht, was eben erst geklebt wurde.

Ich bin so toll.

Ich bin so toll.

Ich bin so toll.

Die Ministerin mit dem lockeren Spruch hat ja gar keine Ahnung davon, wie hoch ein Einstiegsgehalt bei LehrerInnen ist, was die Lebenskosten des Normalbürgers sind, und wie es ist, in einer Brennpunkte- (pardon: Mittel-) schule zu unterrichten.

Die gemeinsame Schule ist pfui.

Die gemeinsame Schule ist pfui.

Die gemeinsame Schule ist pfui.

Liest man so die Pläne der Frau Ministerin gibt es bald gar nichts mehr, weil nämlich alles eingespart wird. Aber bitte die Reichen kann man nicht besteuern, weil die müssen ja für die Wahl bei Laune gehalten werden.

20 % mehr Gage bei 30 % mehr Arbeit ist ein faires Angebot.

20 % mehr Gage bei 30 % mehr Arbeit ist ein faires Angebot.

20 % mehr Gage bei 30 % mehr Arbeit ist ein faires Angebot.

Interessant ist, dass der kürzlich wiedergewählte Vorsitzende der GÖD gar nichts zur Frau Ministerin sagt. Wie hat er doch damals – zurecht – gegen die Schmied gewettert. Gegen die eigenen Leute ist es da schon schwieriger.

Neugebauer ist ein Sympathieträger.

Neugebauer ist ein ...

GEH BITTE!!!



„Not next to Mary“, EU – Finanzministertreffen April 2011 – Reproduktion einer Unwahrheit (= Fotomontage)



Interview mit Michael Kalmar

Phonologische Bewusstheit

Die phonologische Bewusstheit gilt als die zentrale Vorläuferkompetenz für das Lesen und Schreiben. Beim Lesen- und Schreibenlernen müssen sich die Kinder von der Bedeutung eines Wortes lösen und ihre Aufmerksamkeit bewusst auf die formalen Elemente von Sprache und Schrift – Silben, Laute, Buchstaben – lenken. Man spricht von **phonologischer Bewusstheit** – sie ist sozusagen die Vergegenständlichung der gesprochenen Sprache.

Die Klagenfurter Sprachheillehrerinnen haben sich im heurigen Schuljahr die Unterstützung des Schriftspracherwerbs der Kinder durch Intensivförderung der phonologischen Bewusstheit zum Ziel gesetzt. Unsere Intention ist es, den Umgang mit der gesprochenen Sprache so weiterzuentwickeln, dass die Kinder vom Angebot des Schriftsprachunterrichts besser profitieren können.

Wir bieten Unterrichtssequenzen in Form von Bausteinen an, die wir den LehrerInnen der Schuleingangsphase zur Verfügung stellen. Die Klassenlehrerin übernimmt während dieser Sequenz eine beobachtende und unterrichtsbegleitende Funktion, um den Kompetenztransfer sicher zu stellen. Da wir wissen, dass phonologische Fähigkeiten den Schriftspracherwerb nicht nur erleichtern, sondern sogar bis weit in die Schulzeit hinein einen bedeutenden Einfluss auf die Lese- und Rechtschreibleistungen der Kinder haben, gestalten wir pro Woche eine Einheit, in der phonologische Bewusstheit systematisch gefördert wird.

Diese Förderung soll den Kindern einen deutlichen Vorteil beim Lesen und Schreiben bringen und vor allem Risikokinder mit sehr schwachem Ausgangsniveau im Bereich der phonologischen Bewusstheit besonders profitieren lassen.

Gerhild Mory, Sprachheillehrerin in Klagenfurt, führte folgendes Interview mit Michael Kalmar:

1. Welche Vorläuferfähigkeiten soll ein/e Schulanfänger/in in die Schule mitbringen?

Kinder müssen eine Vielzahl von organischen und psychischen Voraussetzungen und zusätzlich etliche im Vorschulalter erworbene Vorkenntnisse mitbringen.

Die sprachlichen Vorläuferfähigkeiten zählen hier zu den wichtigsten.

Bei normaler Entwicklung des Hörorgans und anderer sprachlicher und nichtsprachlicher Voraussetzungen wie u. a. etwa Symbolverständnis und ausreichender kommunikativer Input beherrscht ein Kind etwa im Alter von 3 ½ Jahren (es können aber auch vier Jahre werden) die Grundzüge der Aussprache, der Grammatik und der situationsgerechten Verwendung gesprochener Sprache.

Im unbeeinträchtigten Spracherwerb verbindet sich ab dem 3. Lebensjahr die phonologische Entwicklung im Sinne von Analyse- und Diskriminierungsfähigkeit sprachlicher Elemente mit den sich entwickelnden auditiven und artikulatorischen Fähigkeiten.

2. Woran können wir erkennen, dass ein Kind die Fähigkeit zur phonologischen Bewusstheit bereits erworben hat?

Gut vorbereitet auf die Schule in diesem Feld sind

- ▶ Kinder, die nach dem 4. Lebensjahr nicht mehr die Babysprache verwenden, wie sie noch mit 3 Jahren zwar nicht bei allen, aber vielen Kindern auftritt: Lautumstellungen und Lautverwechslungen in Wörtern, die



Verkürzung von Wörtern, Auslassen von Konsonanten in Konsonantenverbindungen u.a. (phonologische Prozesse).

► **Kinder, die mit Abzählspielen und Reimwörterzuordnungen gut umgehen können und die Silben** von Phonemketten mit Bedeutungsgehalt („Wörter“) **klatschen** können.

► Kinder, die **gut** peripher **hören**.

► Kinder, die **einfache Lautschulungsaufgaben** beherrschen (nicht unabdingbar; Kinder mit diesem Vermögen bereits vor Schuleintritt haben beste phonologische Voraussetzungen für den Schriftspracherwerb!)

3. Was sind auditive Fallen? Ist herkömmliche Lautschulung im Schulleingangsbereich ausreichend?

Es ist zur allgemeinen Kenntnis zu nehmen, dass die deutsche Sprache nun einmal phonemographisch unvollständig verschriftet wird: Die einzelnen Laute vieler Wörter werden bei ihrer schriftlichen Fixierung selten 1:1 abgebildet. Umgekehrt werden beim Lesen manche Grapheme sprechsprachlich unterschiedlich realisiert, einige sogar überhaupt nicht. Sogenannte „lautreine“ Wörter sind im Deutschen „Fremd“wörter!

In den Lesefibeln der Grundstufe I und in Stütz-, Förder- und Therapiematerialien findet sich eine breite Palette von auditiv-phonologischen Aufgabenstellungen (Lautschulungen). Bei kritischer Durchsicht dieser Aufgabenstellungen muss allerdings das vorherrschende Konzept der Lautschulung als potentielle Lernbeeinträchtigung eingestuft werden. Das verwendete Wortmaterial

hält oft sprachwissenschaftlichen Kriterien nicht stand; viele phonotaktisch bedingte Besonderheiten der deutschen Sprechsprache werden nicht berücksichtigt.

Für Kinder mit nicht altersgemäßer Ausreifung der phonologischen Bewusstheit sind auch einfache phonotaktisch korrekte Lautschulungsaufgaben nicht lösbar, da zu „hoch“.

4. Besteht für sprachauffällige Kinder eine größere Gefahr der Entwicklung einer Lese-Rechtsschreibschwäche?

Störungen der Aussprache durch myofunktionelle Problematik, inkorrekt erlernte Lautmuster und/oder artikulatorische Entwicklungsverzögerung sind von den phonologischen Prozessen abzugrenzen. Es sind letztere, bei denen ursächliche gemeinsame Zusammenhänge mit (späteren) Beeinträchtigungen des Schriftspracherwerbs vermutet werden, namentlich einer nicht altersentsprechenden Entwicklung der phonologischen Bewusstheit. Kinder mit Ersatz- und Silbenstrukturprozessen und/oder Assimilationen sind daher als Risikokinder zu qualifizieren und bereits lange vor Schuleintritt identifizierbar.

5. Welche Rolle können SprachheillehrerInnen bei der Erfassung, Betreuung und Begleitung von Kindern mit Verzögerungen der phonologischen Bewusstheit spielen?

Eine ihrer wichtigen Tätigkeitsfelder ist es, vor und während der ersten Schulzeit sicher zu stellen, dass die für den Schriftspracherwerb erforderlichen me-

taphonologischen Vorläuferfähigkeiten vorhanden sind bzw. gefördert werden.

Daher kommt den SprachheilpädagogInnen auf Grund ihrer Kompetenz bei der Erfassung, Betreuung und Begleitung dieser Kinder eine Schlüsselrolle zu. Alleine sie sind LehrerInnen, die spezielle Ausbildungen absolviert haben, sind potentiell durch ihre Aus- und Fortbildung und ihre praktische Erfahrung Kompetenzträger, dieses Wissen in Unterricht, Betreuung und Aus/Fortbildung zu integrieren und weiterzugeben.

Das Interview in seiner ganzen Länge kann auf folgender Homepage nachgelesen werden:

sprachheilpaedagogik.ksn.at

Zur Person: Michael Kalmar

Sonderschuloberlehrer SR Dipl.-Päd. Michael Kalmár (geb. 19. 9. 1953) ist seit 1981 als ambulanter Sprachheillehrer der Wiener Sprachheilschule, Besuchsschul-/Praxislehrer (seit 1989), Lehrbeauftragter an den Pädagogischen Hochschulen Wien (seit 2007), Baden (seit 2008), Wien/Krems (seit 2008), Vorarlberg (seit 2009), Kärnten (seit 2010) und Burgenland (seit 2011), Schulbuchautor, Fachpublizist und -referent für Sprachheilpädagogik und Legasthenie/LRS im In- und Ausland und als Senior Lecturer der AKADEMIE des Österreichischen Bundesverbandes Legasthenie, tätig; weiters Mitarbeit bei EU- und UN-Projekten.

Einige der Schwerpunkte seiner beruflichen Tätigkeit sind:

► Störungen der Aussprache





- ▶ Vorläuferleistungen und Beeinträchtigungen des Schriftspracherwerbs (Legasthenie, LRS)
- ▶ Förderdiagnostik Türkisch sprechender Kinder
- ▶ Phonetik, Phonotaktik, Phonologie und Metaphonologie der deutschen Sprache
- ▶ Förderung von Kindern mit eingeschränkter Entwicklung der phonologischen Bewusstheit
- ▶ Theorie und Praxis der Förderung auditiv-phonologischer Kompetenzen
- ▶ Mobiler pädaudiologischer Dienst in der Wiener Sprachheilschule

Er ist Referent der Geschäftsführung der Österreichischen Gesellschaft für Sprachheilpädagogik, Vorstandsmitglied des Österreichischen Bundesverbandes Legasthenie, Mitglied der Österreichischen Gesellschaft für Logopädie, Phoniatrie und Pädaudiologie und Vorsitzender des Board of Directors der European Dyslexia Association.

Kontaktadresse: michael.kalmar@utanet.at



Terminavisio

Wir freuen uns, dass wir den
Jugendkulturforscher
**Mag. Bernhard
HEINZLMAIER**



als Hauptreferenten für die
diesjährige Pädagogische Tagung
präsentieren können.

**Wie Jugendliche
„ticken“**

...was sie bewegt, was sie wirklich wollen...

**2.6.2012
CONGRESS CENTER
VILLACH**

Details zur Tagung folgen in der nächsten
Ausgabe der Kärntner Lehrerstimme

RI RennerInstitut

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP



Wer für Gerechtigkeit sorgt

Frage: Es gibt ja verschiedene Organisationen, die sich für mehr Gerechtigkeit in Österreich einsetzen. Ich lese Ihnen einige solche Organisationen vor und bitte Sie, mir jeweils zu sagen, ob sich diese Gruppe alles in allem für Gerechtigkeit einsetzt oder ob diese Gruppe zu wenig für Gerechtigkeit tut?

Rest auf 100 = keine Angabe **5** ganz ungerecht **4** ungerechter **3** gleich gerecht **2** gerecht **1** sehr gerecht

Verein für Konsumenteninformation	1	7	20	40	32
Caritas	4	8	21	34	33
AK	2	11	24	39	24
Diakonie	6	8	23	39	24
Rechnungshof	2	10	30	35	23
Evangelische Kirche	8	8	37	34	13
WKO	7	17	33	30	13
ÖGB	8	15	38	28	11
Grüne	15	18	34	27	6
Katholische Kirche	14	24	36	18	8
ORF	15	19	39	25	2
Tageszeitungen	13	27	36	21	3
SPÖ	19	25	36	17	3
ÖVP	22	34	29	12	3
FPÖ	37	26	23	10	4
BZÖ	36	28	26	8	2

Online-Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren (n=408), Erhebungszeitraum 15. bis 19. Februar 2012, Ergebnisse in Prozent **DER STANDARD**

AUFREGER DES TAGES

Schule kein Ort für Hauruck-Aktion

Lehrerin findet, dass die Schule von Experten und nicht von Politikern reformiert werden soll.

„Auch Rot will Lehrer fordern“, 25. 11.

Führende Kräfte dieses Landes haben sich wieder aus Schlaues überlegt: Junglehrer sollen statt 21 in Zukunft 27 Stunden in der Klasse stehen, dafür verdienen sie dann etwas mehr Geld. Das kann ja wohl zu schaffen sein, wo sonst wird man fürs Herumstehen bezahlt? Alle klatschen in die Hände, alle kennen sich mit den Anforderungen dieses Berufes aus, es war ja jeder einmal in der Schule.

Vielleicht könnte man Führerscheinneulingen in Speditionen das lukrative Angebot machen, länger hinter dem Steuer zu sitzen. Und was ließe sich erst bei Berufsanfängern einsparen, bei Ärzten... – Gerade von den Jungen kann man in Zeiten knapper Kassen wohl etwas mehr fordern, die brauchen nicht aufmucken, die sollen froh sein, wenn sie ei-

nen Job kriegen. Letztens sagte mir ein Lehrer, er würde mich bewundern, mit welchem Stolz ich immer noch von meiner Arbeit als Lehrerin erzähle und wie ernst ich meine Arbeit nehme. Er selbst habe längst resigniert, es würde eh nicht wertgeschätzt, was er leiste. Vielleicht liegt das daran, dass die Schule nicht von Bildungsexpert/innen, sondern von Expertinnen und Experten aus der Politik im Hauruck-Verfahren reformiert wird.

Sandra Gebhard, Steindorf

Eine Verhöhnung

Als Lehrer und ÖVP-Funktionär muss ich meinen Unmut und jenen vieler Kolleg/innen über die Aussagen von Ministerin Fekter bezüglich des Lehrer/innendienststrechts zum Ausdruck bringen. Wenn Fekter das Lehrereinkommen mit Anfangsgehältern von 1300 Euro für Akademiker als „exorbitant hoch“ bezeichnet, kann das nur eine Verhöhnung unserer Arbeitsleistung sein oder zeugt von Unkenntnis unseres Schulsystems, das auf großem Idealismus engagierter Pädagogen und auf Arbeitszeiten jenseits der 40-Stunden-Woche basiert. Während in der Schule immer komplexere Anforderungen und Erwartungen an die Lehrer gestellt werden, wird von Fekter über Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich gesprochen.

Solche Einmischungen in ein Gebiet, in dem sie sich scheinbar nicht auskennen, sind mehr als unnötig. Ich hoffe, dass wir bald wieder zu einer sachlichen Diskussion über die Lehrerarbeitszeit zurückkehren können und uns Lehrern die nötige Wertschätzung für unsere Arbeit entgegengebracht wird.

Mag. Manfred Jantscher, Klagenfurt

LIEBE IST ...



... sich über „Lehrerlöhne“ zu freuen.

CRASH-KURS

Wie heißt auf Englisch... Wer hat dich gesehen? Who saw you?

SETZ AUCH ALS BILDERSPRACHE

Die ÖGB-Zeitschrift FÜR DIE ARBEITSWELT

Solidarität

Gastkommentar: Martin Schenk, Sozialexperte, Mitinitiator der Armutskonferenz

Die Denkbremse

Wer die bestehenden Probleme nicht beim Namen nennen will, wird sich immer wieder einen neuen ausdenken.



Sozialexperte Martin Schenk über Europa, Finanzmärkte und Jugendarbeitslosigkeit.

Ich geh mit den Kindern ins Kino und schau den Potter-Film. Die Finanzmärkte sind nervös, Jugendarbeitslosigkeit auf dem Höchststand in Europa. Und ich bin doch schon ganz unruhig. Zum Glück war ich zuerst im Kino. Dort gab es einen mächtigen Zauberer namens Voldemort, der nach Harry Potters Leben trachtet und am liebsten die ganze Welt beherrschen will. Die Bewohnerinnen der Zauberwelt wagen es gar nicht, Voldemorts Namen auszuspre-

chen – eine Art Mut- und Denkbremse. Stattdessen sagen sie: „Er, dessen Namen man nicht nennt“ oder „Du weißt schon, wer“. Eine Wahrheitsbremse. Nur wenige, unter ihnen Harry Potter und der Direktor der Zauberschule Hogwarts, Professor Dumbledore, nennen Voldemorts Namen als „Verderber der

Wörter sprechen wir? Und wenn wir nicht über die Risiken österreichischer Banken im Ostgeschäft reden dürfen, nicht über die Kontrolle der Finanzmärkte ein Wort verlieren sollen, nicht die gerechte Verteilung der Krisenkosten im Auge haben dürfen, nicht über Armutsbremsen, nicht über eine europäische Bremsen bei Jugendarbeitslosigkeit sprechen sollen, dann werden wir bestimmt nur über eine „Schuldenbremse“ diskutieren.

„Wenn wir nicht über Verteilungsgerechtigkeit, Armutsbremsen und Jugendarbeitslosigkeit sprechen sollen, dann werden wir bestimmt nur über die „Schuldenbremse“ diskutieren.“

Sprache fördert Angst
Die Angst vor der Sache selbst und vor den Mächtigen hat eine Gefährlichkeit. Sie bezeichnet Entlassungen als „Freistellungen“, die Zwangsernährung in Schubhaft als „Heilbehandlung“, die Arbeitslosen als „Ich-AG“, das Kriegsministerium als „Verteidigungs-

ministerium“ und die Kürzung von Sozialhilfe als „Erhöhung der Zielfähigkeit“. Schutzsuchende nennt sie „Schöbling“, die massenhafte Tötung von Menschen „Kollateralschaden“, Freiheitsbeschränkung für Einkommensschwache „Liberalisierung“, die zielgerichteten

Zerstörungsmaschinen „intelligente Waffensysteme“, Menschen im Krieg „weiche Ziele“, Auffanglager für Flüchtlinge in Afrika „Begrüßungszeniten“. Zu Abschiebehelf sagt sie „Autorenzentrum“, zur wachsenden Schere zwischen Arm und Reich bloß „Unterschicht“, zur Belastung Ärmere „notwendige Anpassungen“ und zur erfreulichen längeren Lebenserwartung „Überalterung“. Das Absacken von Aktienkursen heißt „Gewinnwarnung“, für die Schließung von Postämtern oder Reduzierung von Dienstleistungen in strukturschwachen

Regionen gibt es den Begriff „Angebotsoptimierung“, und hinter „Differenzierung der Lohnstrukturen“ verborgen sich Niedriglöhne, von denen niemand leben kann.

Und wenn wir nicht über die Risiken österreichischer Banken im Ostgeschäft reden dürfen, nicht über die Kontrolle der Finanzmärkte ein Wort verlieren sollen, nicht die gerechte Verteilung der Krisenkosten im Auge haben dürfen, nicht über Armutsbremsen, nicht über eine europäische Bremsen bei Jugendarbeitslosigkeit sprechen sollen, dann werden wir bestimmt nur über eine „Schuldenbremse“ diskutieren.

Und dann die Märkte... Die sind immer schlechter aufgelagt. Einmal sind die Märkte nervös, dann sind die Märkte missmutlich, dann abwartend. Die Märkte drehen, die Märkte sind verstört, die Märkte sind irritiert. Die Märkte sind vor dem Zusammenbruch, die Märkte sind panisch, die Märkte sind unruhig. Wären die Märkte zu

mir in die Beratung gekommen, ich hätte schon früher – lange vor der Krise – geraten, etwas zu ändern. Und ihnen gesagt, dass das nicht gut geht mit ihnen, so nervös, dass man da zusammenbricht. Schaut stark nach depressiver Angststimmung aus. Da lobt ich mir den Potter. Die Finanzmärkte unruhig. Brennende Probleme auf den Straßen Europas. Alles an einem Tag. Zum Glück war ich zuerst im Kino.



BUCHTIPP

Martin Schenk, Michaela Moser: „Es reicht für alle! – Wege aus der Armut.“ Deuticke. Zu bestellen in der ÖGB-Fachbuchhandlung: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Das Märchen vom Beamtenstaat Österreich

Die Beamtenrepublik Österreich ist nur ein Märchen. Viele Länder beschäftigen deutlich mehr Mitarbeiter/innen im öffentlichen Dienst (Bild: pixelio.de/ Stefan Bayer)

Zu viele Beamte, zu wenig Leistung, zu hohe Kosten. Das ist der Eindruck, der oft vermittelt wird, wenn es um den öffentlichen Dienst geht. Nun zeigt ein Vergleich der OECD: Das Märchen vom Beamtenparadies Österreich stimmt in dieser Form ganz und gar nicht. Warum das so ist, lesen Sie hier auf kommunalnet.at.

Kein Tag vergeht, an dem nicht der öffentliche Dienst Zielscheibe von Medien und Politik ist. „Verwaltungsreform“ ist ein häufig gebrauchtes und selten umgesetztes Wort, möchte man meinen. In der Wahrnehmung der meisten Menschen ist Österreich ein Beamtenparadies.

Mit überraschender Deutlichkeit unterkräftet nun eine Untersuchung der OECD diese Wahrnehmung. Die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) vereinigt 34 Länder auf der ganzen Welt, die sich zu Demokratie und Marktwirtschaft bekennen (eine Liste der Mitglieder finden Sie hier). In einem aktuellen Vergleich zwischen 36 Staaten (OECD-Mitglieds- und Partnerländer) wird der Anteil des öffentlichen Dienstes an der Gesamtbeschäftigung der Mitgliedsländer dargestellt. Und siehe da: In 21 Ländern ist der Anteil der öffentlich Bediensteten an der Gesamtbeschäftigung deutlich höher als in Österreich, das weit unter dem OECD-Schnitt liegt. Auch die Entwicklung zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2008 wurde untersucht.

Die Zahlen der OECD zeigen: Der Anteil öffentlich Bediensteter an der Gesamtbeschäftigung ist in Österreich deutlich geringer, als in vielen anderen Ländern.

Derzeit liegt Österreich bei einem Beschäftigungsanteil des öffentlichen Dienst von 11,4 Prozent. 2008 waren es noch 13,5 Prozent. Das sind rund 350.000 Personen, die beim Bund, den Ländern oder den Gemeinden beschäftigt sind. 132.804 davon arbeiten im Bundesdienst (jeweils Vollzeit-äquivalente), die Länder beschäftigen

142.798 Mitarbeiter/innen, die Gemeinden (Wien wird als Bundesland gerechnet) beschäftigen 74.922 Mitarbeiter/innen.

Skandinavische Länder mit größtem Anteil an Staatsdienern

Im Durchschnitt betrug der Anteil des öffentlichen Dienstes an der Gesamt-

Die Daten im Detail

Ranking	Land	Beschäftigungsquote öffentlicher Dienst 2000	Beschäftigungsquote öffentlicher Dienst 2008	Veränderung in Prozent zwischen 2000 und 2008
1	Norwegen	29,5 %	29,3 %	-0,2
2	Dänemark	29,7 %	28,7 %	-1,0
3	Schweden	27,7 %	26,2 %	-1,5
4	Finnland	22,2 %	22,9 %	+0,7
5	Frankreich	21,8 %	21,9 %	+0,1
6	Ungarn	20,4 %	19,5 %	-0,9
7	Estland	17,3 %	18,7 %	+1,4
8	Luxemburg	16,1 %	17,6 %	+1,5
9	Großbritannien	16,8 %	17,4 %	+0,6
10	Belgien	16,8 %	17,1 %	+0,3
11	Kanada	15,9 %	16,5 %	+0,6
12	Israel	17,3 %	16,5 %	-0,8
13	Australien	15,1 %	15,6 %	+0,5
	OECD Durchschnitt	15,2 %	15,0 %	-0,2
14	Irland	15,4 %	14,8 %	-0,6
15	Slowenien	14,3 %	14,7 %	+0,4
16	USA	14,8 %	14,6 %	-0,2
17	Italien	15,3 %	14,3 %	-1,0
18	Tschechien	12,8 %	12,8 %	+/- 0
19	Spanien	12,2 %	12,3 %	+0,1
20	Portugal	13,6 %	12,1 %	-1,5
21	Niederlande	12,7 %	12,0 %	-0,7
22	ÖSTERREICH	13,5 %	11,4 %	-2,1
23	Türkei	9,4 %	11,0 %	+1,6
24	Slowakei	8,6 %	10,7 %	+2,1
25	Neuseeland	10,1 %	9,8 %	-0,3
26	Polen	10,8 %	9,7 %	-1,1
27	Schweiz	9,9 %	9,7 %	-0,2
28	Deutschland	11,1 %	9,6 %	-1,5
29	Chile	9,6 %	9,1 %	-0,5
30	Mexiko	10,9 %	8,8 %	-2,1
31	Griechenland	6,8 %	7,9 %	+1,1
32	Japan	7,7 %	6,7 %	-1,0
33	Korea		5,7 %	

Quelle: Redaktion, OECD

beschäftigung im Jahr 2008 in den OECD-Staaten 15,0 Prozent (2000: 15,2 Prozent). Spitzenreiter in nega-

tiver Hinsicht sind ausgerechnet die skandinavischen Staaten, die gerade bei Gemeinde- und Verwaltungsreformen immer wieder als Vorbilder genannt werden. So arbeitet in Norwegen fast jeder dritte unselbstständig Erwerbstätige (29,3 Prozent) für den Staat, im Ranking dicht dahinter Dänemark (28,7 Prozent), Schweden (26,2 Prozent) und Finnland (22,9 Prozent). Das erste nicht-skandinavische Land in diesem Ranking ist Frankreich mit 21,9 Prozent öffentlicher Beschäftigungsquote.

Die geringste öffentliche Beschäftigungsquote weisen übrigens Korea (5,7 Prozent)

und Japan (6,7 Prozent) aus. Griechenland liegt mit 7,9 Prozent nur scheinbar gut, hier ist der Anteil ausgliederter Bereiche besonders hoch.

Österreich deutlich besser als USA oder Kanada

Mit seinen 11,4 Prozent Staatsdienern liegt Österreich übrigens noch weit besser, als etwa die USA, wo 14,6 Prozent im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Auch Kanada (16,5 %) oder Australien (15,6 %) schneiden deutlich schlechter, als Österreich ab. Russland ist mit einem Anteil von 20,1 Prozent auch noch unter den schlechtesten Ländern. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 haben Österreich und Mexiko relativ gesehen am meisten Staatsdiener abgebaut (minus 2,1 Prozent)



Schellander
F A R B E N
Neuübernahme



BIS ZU 20% LEHRER-RABATT AUF VIELES
(unter Vorlage des PV-Ausweises)

Farben, Lacke, Holzschutz, Künstlerbedarf, Naturfarben, Bootslacke.

Tel. (0463) 22459

Farben Schellander Gerhard Picker GmbH
9020 Klagenfurt, Luegerstraße 4-6 (ggü. Wulfenia Kino)



Erlebnispädagogik

training | seminare | coaching

Lernen mit Herz, Hand und Kopf

Outdoortraining für Schulklassen

PM Outdoor Training ist erlebnispädagogisches und sozialkompetenzförderndes Lernen mit nachhaltiger Wirkung. Gemeinsam Aufgaben lösen. Konflikte und Vorurteile überwinden. Die Komfortzone verlassen. Über sich selbst hinaus wachsen. Mit erlebnispädagogischen Outdoorspielen und Übungen geben Sie den Jugendlichen die Möglichkeit Ihre sozialen Kompetenzen zu fördern und zu stärken.

Verschiedenste Bausteine die vom interessanten 1-Tagesprogramm bis hin zum vertiefenden 3-Tagesprogramm ALLES bieten. Maßgeschneiderte Programme, durch genaue Absprache. Das gesamte Programm kann auf Wunsch auch in Ihrer Nähe durchgeführt werden. Egal ob ein oder mehrere Tage. Mit viel Spaß und gemeinsamem Tun werden solche Tage zu einem Highlight!

PM - Trainings • Ehrentalerstraße 52 • 9020 Klagenfurt am Wörthersee • office@pm-trainings.at • www.pm-trainings.at
Ihre Ansprechpartner telefonisch: Angelika Schett +43(0) 664 - 56 57 851 • Manfred Pansi +43(0) 664 - 38 24 593



Volksabstimmung zur Vermögensbesteuerung statt Belastungspakete

Mag. Gerhard Kohlmaier

Österreichs Staatsverschuldung betrug laut ÖNB 2001 67,1 % des BIP. In den Jahren darauf, also zwischen 2002 und 2007 sank dieser Prozentsatz ständig und erreichte 2007 einen Wert von 60,7 %. **Das bedeutet also, dass die Staatsverschuldung trotz höherer Aufwendungen für den Sozialstaat (Arbeitslosigkeit, Krankenkassen, Pensionen...) gesunken ist.** In den 60er Jahren, in denen der Sozialstaat am stärksten ausgebaut wurde, stieg dadurch die Staatsverschuldung ebenfalls nicht an. Erst 2008, also im ersten Krisenjahr, ausgelöst **durch Spekulationen an den Finanzmärkten, stieg die Staatsverschuldung** wieder auf 63,8 % und in den Krisenjahren darauf bis auf 72 % im Jahr 2011.

Diese **Entwicklung der Staatsverschuldung ist ein klarer Hinweis darauf, dass weder die Kosten für den Sozialstaat ausgefunkt sind noch die ÖsterreicherInnen über ihre Verhältnisse gelebt haben.** Sehr wohl jedoch waren es die Banken und das Finanzkapital, welche durch ihre Gier nach immer mehr Gewinn ein immer höheres, häufig unkalkulierbares Risiko bei ihren Finanztransaktionen auf sich nahmen und durch diesen Casinokapitalismus enorme Finanzinbrüche auf den Weltmärkten verursachten. Die Folge waren Bankenrettungspakete, also Geld der Steuerzahler, um die Banken vor einer Pleite zu bewahren.

Die herrschende Politik wurde nicht nur zum Erfüllungsgehilfen der Interessen des Finanzkapitals, sondern sie verabsäumte es noch dazu, dieser Entwicklung eines aus allen Ufern geratenen Finanzkapitals durch Gesetze und Änderungen der Systembedingungen entgegenzusteuern.

Seit Beginn der so genannten Liberalisierung, also der Möglichkeit des Finanzkapitals, Geldvermehrung nicht mehr an die Realwirtschaft binden zu müssen, sondern diese über teils undurchsichtige Anlageprodukte zu vermehren – also Geld durch Geld zu vermehren – haben

sich diese hoch spekulativen Finanzinvestitionen in gigantischer Weise vermehrt. Allein zwischen 1983 und 2001 erhöhte sich der Tagesumsatz an den Finanzmärkten um das 50-fache, 2001 wurde gerade noch ein Vierzigstel der Gesamtsumme im produktiven Sektor, also in der Realwirtschaft investiert. Die Politik sorgte dafür, dass Veräußerungsgewinne größtenteils steuerbefreit wurden, die Trennung von Bankgeschäften wurde aufgehoben und die Banken beteiligten sich teils mittels billiger Kredite fleißig an der Zockerei. Die dabei bestehenden Risiken wurden durch komplizierte Produktkonstruktionen verschleiert und im Falle einer Fehlspekulation an die Steuerzahler weiter gereicht. CDS-Spekulationen verteuerten die Anleihezinsen fatal und treiben ganze Staaten (Griechenland, Portugal...) an den Rand des Ruins. Als Konsequenz daraus werden so genannte „Rettungsschirme“ gebildet, in denen die Haftungen der Staaten, also der Steuerzahler, dem vom Finanzkapital vorgegebenen Zinsniveau hinterher laufen. Aus diesem Grunde müssen diese „Rettungsschirme“ immer mehr aufgebläht werden, was eine noch höheren Verschuldung der Staaten bewirkt. Gleichzeitig erlegt die Politik nun den Staatsbürgern ein Belastungspaket nach dem anderen auf und läuft damit Gefahr, die Wirtschaftsentwicklung noch mehr zu dämpfen und somit eine noch höhere Verschuldung zu riskieren.

Dass mit dieser Politik, welche die Finanzmärkte nach wie vor die Richtung bestimmen lässt, bald „kein Staat mehr zu machen ist“, leuchtet ein. Die einzige Möglichkeit besteht darin, das System dort zu treffen, wo es ausgefunkt ist, also beim Finanzkapital und die durch dessen Handeln in die Höhe getriebenen Zinsen. Die Regierungen wären gefordert, die spekulativen Möglichkeiten des Finanzkapitals deutlich einzuschränken, Investitionen in das Realkapital zu stärken.

Sparpakete sind dazu nicht geeignet. Im Gegenteil, sie verschleiern die wahren



ren Zusammenhänge, verschlimmern die Symptome der losgetretenen Krise und führen mittelfristig zum endgültigen Bankrott der Staaten. Stephan Schulmeister spricht daher zu Recht von „Symptomkur“ (ZIB 2, 14. 2. 2012), bei welcher die herrschende Politik übersieht, dass nicht die Staaten, sondern die Märkte das Problem sind, welche die Problematik hervorgerufen haben und nach wie vor ausfunkt lassen. Das Privatvermögen der Vermögenden in Österreich ist 2008, also im 1. Krisen-

Wunsch nach mehr direkter Demokratie

- Mehr Volksbefragungen würden dem Land guttun
- Politiker sollen allein entscheiden

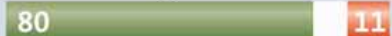
Bevölkerung gesamt



Arbeiter



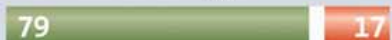
Einfache Angestellte



Selbstständige



Nicht Berufstätige



Leitende Angestellte



606 Befragte ab 16 Jahren
Oktober 2011, Angaben in Prozent
(Rest auf 100 = keine Angabe)

Grafik: © APA,
Quelle: APA/market



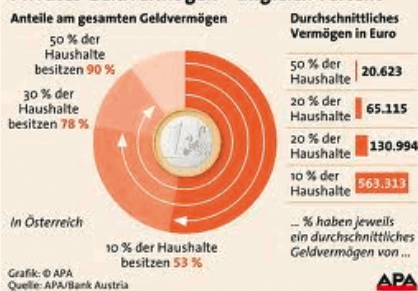
jahr, um 8,5 % geschrumpft (Tiroler Sparkasse), bereits ein Jahr später befanden sich die Vermögenswerte wieder auf dem Stand von 2007 und 2010 haben die Vermögenden in Europa ihr Privatvermögen um 8,2 % vermehren können (Standard, 1. 6. 2011) und Österreich hat, bezogen auf die Bevölkerung in der EU, die höchste Superreichen-Dichte („Global Wealth Report 2011“, Boston Consulting Group). 2011 haben die Finanzvermögen der Euro-Millionäre in Österreich um weitere 8,2 % zugelegt und in den kommenden Jahren wird dieselbe Zuwachsrate prophezeit (Valuga-Vermögensreport 2011). Im Vergleich dazu hinkt die Lohnsteigerung mit durchschnittlich 0,5 % pro Jahr seit über 10 Jahren nicht nur der Wirtschaftsentwicklung mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 1,7 % hinterher (OTS-Presseaussendung der GRÜNEN, 9. 9. 2010), sondern vergrößert darüber hinaus die Einkommensschere zwischen Arm und Reich. **Es ist also eine Tatsache, dass die Vermögenden trotz der Krise ihre Vermögenswerte deutlich steigern konnten. Budgetanierung kann somit – neben vernünftigen Strukturreformen, die nicht den Abbau des Sozialstaates verfolgen, ausschließlich durch eine massive Besteuerung des Vermögens erfolgen.**

In dieser Situation nun versuchen Gewerkschaften und zahlreiche NGOs seit Jahren durch zahlreiche Hinweise auf diese ungerechte Vermögensverteilung, durch Informationsveranstaltungen sowie durch die ein oder andere Protestkundgebung die Regierung zu einer Änderung ihrer Steuerpolitik zu bewegen. Diese Bemühungen können jedoch neoliberal, im Interesse des Finanzkapitals agierende Parteien und Regierungen nicht beeindruckt, wie das jüngste Belastungspaket der österreichischen Bundesregierung eindrucksvoll beweist.

So richtig die politischen Analysen der verschiedenen Organisationen auch sind, es fehlt ihnen allen – aus unterschiedlichen Gründen – an der Einsicht über die entscheidenden Konsequenzen aus der politischen Realität. Mit Protestkundgebungen, sogar wenn sie ein stattliches Ausmaß erreichen, lassen sich neoliberal agierende Regierungen nicht beeindrucken. Die jüngsten Ereignisse in Griechenland, Portugal und Spanien sind ein klarer Beweis dafür.

Auch das Veränderungspotential von Volksbegehren ist hinlänglich bekannt. Es geht, wie die zahlreichen Volksbegehren,

Privates Geldvermögen – ungleich verteilt



welche im übrigen meist parteipolitisch vereinnahmt wurden, zeigen, gegen Null. Realpolitisch sehe ich nur **zwei Möglichkeiten, die herrschende Politik zu einem Umdenken zu zwingen und den neoliberalen Raubzug zu beenden: die „Volksabstimmung von unten“ und die Gründung von Wahlgemeinschaften.**

Selbstverständlich haben das auch die Neoliberalen längst erkannt. Daher haben sie vorgesorgt, um Volksabstimmungen zu erschweren. Der Vertrag von Lisabon spricht daher nur mehr von Europäischen Bürgerbegehren, welches dem Charakter nach der österreichischen Variante des Volksbegehrens gleicht. Die Europäische Kommission kann dadurch nur gezwungen werden, sich in genau definierten Fällen mit einem Thema zu beschäftigen, an das Ergebnis des Bürgerbegehrens muss sie sich nicht halten. Auch die österreichische Gesetzgebung macht Volksabstimmungen abseits der Interessen von Regierungen und Parteien nahezu unmöglich. Es ist daher nicht zu erwarten, dass die zu Recht erfolgenden Rufe nach Demokratisierung, zu mehr Mitbestimmung im Sinne von direkter Demokratie, in absehbarer Zeit insofern von Erfolg gekrönt sein werden, als dass sie die direkten Mitbestimmungsrechte des Volkes in wesentlichen Fragen auf der Gesetzesebene entscheidend verbessern werden. Im Gegenteil, es muss damit gerechnet werden, dass sie geschmälert werden.

Gerade aber in dieser Situation muss sich ein Volk seiner Grundrechte besinnen und ihnen, wenn notwendig, selbst zum Durchbruch verhelfen. **Eine „Volksabstimmung von unten“, welche die BürgerInnen selbst in die Hand nehmen, bedarf nicht der „Genehmigung“ der herrschenden Politik.** Alle NGOs, die Gewerkschaften, aber auch kirchliche Organisationen wie die Caritas, und alle daran interessierten Privatpersonen könnten so eine „Volksabstimmung von unten“ starten. Die Bekanntgabe der Nummer des Reisepasses oder eines

gültigen Personalausweises zur Überprüfung der Gültigkeit einer Stimme und der Einsatz der elektronischen Medien könnte auf diese Weise die herrschende Politik gehörig unter Druck setzen.

Zusätzlich sollten sich die verschiedenen Organisationen, welche bemüht sind Alternativen zu einer neoliberalen Politik zu entwickeln, zusammenschließen und Wahlgemeinschaften bilden. Diese Wahlgemeinschaften können auf Bezirks-, auf Landes- und auch auf Bundesebene aktiv werden und sich um den Einzug in die verschiedenen Vertretungsinstanzen bemühen. Dabei ist es nicht notwendig, seine Identität als Organisation, Initiative oder Verein aufzugeben. Ganz im Gegenteil, jede Organisation behält ihre Identität und auch ihre verschiedenen Aufgabenbereiche: Wahlgemeinschaft bedeutet nur, dass man sich in einigen wichtigen Punkten der politischen Einflussnahme insofern einig ist, als dass man in diesen Punkten eine gemeinsame Politik verfolgt. Konkrete Vorschläge dazu existieren seit April 2008 (Siehe: Hans Kohlmaier, Aufruf zur Vorbereitung einer Wahlgemeinschaft, <http://www.steuerini.at/archiv/interessanteartikel.htm>).

Es ist erfreulich, dass in letzter Zeit zumindest mehrere Organisationen die Bedeutung der Volksabstimmung im Kampf gegen neoliberale Politik erkannt haben. Nachdem der Forderung nach Volksabstimmungen, welche die „Steuerinitiative“ seit 1999 erhebt, von zahlreichen Organisationen über Jahre hinweg zu wenig Beachtung geschenkt wurde, wird sie nun jedoch auch von rechten Organisationen wie der EU-Austrittspartei, aber auch vom BZÖ und der Strache-FPO populistisch aufgearbeitet. **Wieder einmal haben die so genannten Fortschrittlichen eine wesentliche Frage so lange vernachlässigt, bis diese von den Rechten zur Entartung freigegeben wird.**

Aber auch Organisationen wie die Solidarwerkstatt, ATTAC, mehr demokratie, volksabstimmung usw. haben zwar spät, aber doch erkannt, dass die Forderung nach Volksabstimmung den demokratischen Lebensnerv trifft und daher in den Mittelpunkt des politischen Tuns zu stellen ist. **Was fehlt, ist das gemeinsame Vorgehen in der Sache, was fehlt, ist die politische Erkenntnis, dass man solche Volksabstimmungen selbst durchführen muss. Gepaart mit Wahlgemeinschaften könnten „Volksabstimmungen von unten“ die Regierungen zur Umsetzung des Volkswillens zwingen. An die Arbeit!**

Traditionsveranstaltung des SLÖ Klagenfurt-Stadt

Mehr als 150 Gäste beim heurigen SLÖ-Heringsschmaus mit BINGO

Überwältigend war der Ansturm zum heurigen Heringsschmaus des SLÖ-Klagenfurt mit BINGO-Spiel ins Messerrestaurant. Mehr als **150 Gäste** sowie zahlreiche Ehrengäste folgten der Einladung von **Vors. Ilse Domenig**, unter ihnen SPÖ-Vors. LHStv **Dr. Peter Kaiser**, SPÖ-Vors. Vizebgm. **Maria-Luise Mathiaschitz**, LAbg. **Ines Obex-Mischitz**, StR. **Jürgen Pfeiler**, GR **Ruth Feistritzer**, GR **Martin Lemmerhofer**, LSI **Sabine Sandrieser**, LSR-Kollegiumsmitglied **Ulf Sereinig** mit Begleitung, sowie der ZA-Vorsitzende des Burgenlandes **Hans Farkas** und sein Stellvertreter **Elmar Benedek**.

Am Bingospiel beteiligten sich auch Vertreter der **ÖBV**, ZA-Vors. **Hermann Pansi**, SLÖ-Villach-Vors. **Angelika Berchtold-Koroschitz**, ZA-Mitglied **Evelin Nuart**, DA-Villach-Vors. **Karl Jereb**, GÖD-Landessekretär **Florian Scheiber**, sowie zahlreiche Jungpensionist/Innen.

Es gab auch wieder tolle Preise zu gewinnen: **1 Wellnessgutschein** gesponsert von der ÖBV, **1 Damenfahrrad** gespendet von Maria-Luise Mathiaschitz, **1 Herrenfahrrad** von GR Jürgen Pfeiler, **2x Diner & Casino** von LHStv Dr. Peter Kaiser sowie **2x Diner & Casino** von den Casinos Austria sowie

der 1. mobilen Kosmetikerin in Klagenfurt **Raffaella Willroider**, je **1 City-Arcaden-Gutschein** über **€ 50.-** von LSR-Vizepräsident **Rudi Altersberger** sowie LAbg. **Ines Obex-Mischitz**, **1 Jaques-Lemans-Uhr** von SLÖ-Vors. **Hermann Pansi**, **5x 2 Gutscheine** für ein Mittagessen in der Nudelwerkstatt **La pasta**, **1 Kunstwerk** von **Elisabeth Bleiweiß-Vogel**, **1 Gemälde** von **Fritz Leopold**, **1 Kofferset** von GR **Ruth Feistritzer**, **1 Kaffeemaschine** der ÖBV, **2 Festina-Uhren** gesponsert von **Schmuck Engelhardt**.

Der SLÖ gratuliert folgenden Gewinner/innen: **Inge Kopanz**, **Uli Kraßnitzer**, **Angelika Jessner**, **Robert Germ**, **Norbert Krebs**, **Petra Hotschnig**, **Daniela Molinari**, **Inge Puntchart**, **Renate Gladitsch**, **Doris Köfeler**, **Felizitas Groß**, **Dagmar Klatzer-Unterköfler**, **Robert Münzer**, **Alexandra Mikula**, **Beate Wendl**, **Christine Huber**, **Verena Tischler** und **Kerstin Karnel-Marchart**.

Der Heringsschmaus hat wunderbar geschmeckt. Musikalisch umrahmt wurde unsere Veranstaltung durch das **Villacher Lehrer-Trio „Spring“**. Die Besucher erlebten einen spannenden, unterhaltsamen und sehr gemütlichen Abend.







„Trockenlegen der Sümpfe und sauren Wiesen“

Petra ist eine durchschnittliche Schülerin. Ihr Vater, Inhaber eines kleinen Lebensmittelgeschäftes, möchte, dass seine Tochter das Gymnasium besucht. Petras Leistungen entsprechen den Erwartungen des Vaters leider nicht. Der Vater veranstaltet in seinem Geschäft ein Preisausschreiben. Der Gewinner des Hauptpreises (zwei Flugtickets), ist ganz zufällig der Mann von Petras Lehrerin. Und zur Freude aller, verbessern sich auch Petras Schulleistungen so, dass einem Gymnasiumbesuch nichts im Weg steht.

(vgl. Lobbyist Hochegger zahlt für Farbstilberatung an Gattin des ÖBB-Managers Nigl, der unabhängig davon Hochegger mit Millionenaufträgen versorgt)

Michi hat ähnliche Schwierigkeiten wie Petra, aber auch er schafft es ins Gymnasium. Ein Jahr später erhält der Lehrer einen vierstelligen Betrag von Michis Mutter überwiesen. Keinesfalls eine Bestechung! Als Michi schon nicht mehr an der Volksschule war, hat der Lehrer seine Mutter über Bildungswege in Österreich beraten und dafür ein Beraterhonorar erhalten.

(vgl. Ex-Minister Scheibner erhält Zahlungen von Eurofighter. Mit der Auftragsvergabe hatte dies selbstverständlich nichts zu tun)

Lehrerzimmergespräch:

Blitz: ... also wie sogst, ih hob mitkassiert oder hob ich, do tauch ih net auf, net?

Sauber: Jaaaaaa okay.

Blitz: Versteh.

Sauber: Ober, ober daun , no, dass ma sogst wirs glaufen is. Ih hob a Rechnung gstellt.

Blitz: Jo.

Sauber: Weil ich was getan hab?

Blitz: Jo, du host, du host zusammenbrocht, dass die positiv obschliaßn können.

Sauber: Wo woar mei Leistung?

Blitz: Deine Leistung war, ah, deine Leistung woar, ahhhh, dass du, i bin jetzt völlig durcheinander wegen der anderen Gschicht, vollkommen, weil i hob des.

Sauber: Ja, denk kurz nach bitte und ruaf mi daun no amoi an und zwar ahhh einfach, dass da a paar so Stichworte mochst, wenn's mi morgen fragen , wei des , wann 's mi morgen fragen, die andere Gschicht, hob i keine einzige, do hob i koa Antwort...

(vgl. Telefonate des Herrn Meischberger)

Frau Lehrerin M. erlässt in ihrer Klasse eine neue Sitzordnung. Gegen heftige Proteste der MitschülerInnen, darf Fritz bei den Schularbeiten nun immer gleich neben dem Lehrertisch sitzen, von wo er gute Einsichten in die Aufzeichnungen der Lehrerin genießt. Über einen Bekannten von Fritzis Vater erhält die Lehrerin später eine neue EDV-Ausstattung.

(vgl. Hubert Gorbach weist den Vorwurf der Bestechlichkeit in Zusammenhang mit der von ihm erlassenen telekomfreundlichen Universaldienstleistungsverordnung von sich.)

Der Schulschluss naht, aber noch sind nicht alle Noten nach Wunsch. Ein Elternverein engagiert einen Adventure-Spezialisten und lädt das LehrerInnenteam und den Bezirksschulinspektor über Pfingsten zu einem netten verlängerten Wochenende in einem Schloss ein. Das Schuljahr endet für alle positiv.

(vgl. Telekom bezahlt Mensdorff-Pouilly für Jagdausflüge nach Schottland mit Mitgliedern des Kabinetts Schüssel und des Telekom-Aufsichtsrates.)

Bildungsstandardsüberprüfungen stehen an. Das Kollegium einer nicht näher zu nennenden Schule beschließt, die Lösungen der Testaufgaben an die Tafel zu schreiben. Alle SchülerInnen der Schule schließen die Tests mit hervorragenden Ergebnissen ab. Die LehrerInnen erhalten Auszeichnungen für ihre außerordentlichen Leistungen.

(vgl. Kurz vor Börsenschluss springt der Kurs der Telekom-Aktie über einen definierten Wert, wodurch rund 9 Millionen Euro Erfolgsprämie für 100 Spitzenmanager fällig werden.)

Aus Platz- und Pietätsgründen können wir nicht alle Korruptionsfälle und die darin verwickelten PolitikerInnen der sogenannten „Wenderegierung“ auflisten.

Der damalige Bundespräsident Kirchschräger hatte 1980 bei seiner Rede mit dem in der Überschrift erwähnten Zitat wohl nicht gerechnet, dass Österreich 30 Jahre später in den Everglades der schwarz-blauen Korruption versinkt...



Geplantes Jahresprogramm 2012

Bei unserem Stammtisch im Dezember wurden die Wander- und Reisepläne für das Jahr 2012 besprochen. Hier die Angaben nach Monaten.

Die flotten Pensionistinnen und Pensionisten sind wieder viel unterwegs. Willkommen sind alle, die Zeit und Lust haben. Detaillierte Ausschreibungen erfolgen rechtzeitig.

APRIL

Kirche Maria im Graben, Möderndorf und Leonhardskirche bei Tröpolach (mit Dr. Günther Biermann)

MAI

Idrija, die älteste slowenische Bergwerkstadt (mit OSR Alois Sticker)

JUNI

Piran (mit RR Adi Raup)

Fleißtal und Apriacher Stockmühlen (mit Dr. Günther Biermann)

JULI

Wanderung am Millstätter Berg (mit SR Hermann Stellmann)

AUGUST

In den St. Pauler Bergen (mit Dr. Günther Biermann)

SEPTEMBER

Vier Tage Gardasee (mit RR Adi Raup)

Wie bei allen Planungen: Änderungen kann es geben.

Nun noch die Verteilung der Ehrenämter: Die angeführten Reiseleiter werden ihre Aufgaben wie bisher vortrefflich erfüllen, ich werde die Einladungen schreiben und IHR werdet so lieb sein und für herrlichstes Wetter sorgen, dann passt ja alles!

Auf fröhliche Begegnungen freut sich eure Sigrid Draxl

Glückwünsche zum Geburtstag

Jänner bis April 2012

100 Jahre:

Hildegard **Stifnig**

90 Jahre:

Hermine **Kraiger**
VD Mag. Margarethe **Suschnig**
NR a.D. OSR Heinz **Gärtner**

85 Jahre:

VD OSR Vinzenz **Kleewein**
SD SR Martin **Almasy**
Gertrude **Brandstätter**
BD OSR Herwig **Huber**
HD David **Süntinger**
HD OSR Erich **Oberländer**
SR Josefine **Müller**
HD SR Elfriede **Dauschan**
VD OSR Aurelia **Rom**
SD SR Maria **Schurz**
VD OSR Hermann **Juritsch**
VD OSR Karl **Samonig**

80 Jahre:

VD OSR Josef **Wollein**
VD OSR Albert **Mack**
Anneliese **Filzmaier**
VD Alice **Schäffel**
Karoline **Winter**

75 Jahre:

VD Hedwig **Aichernig**
BD SR Elisabeth **Kuess**

70 Jahre:

Birgit **Koch**
Marlies **Matschnig**
Gerd **Steinwender**

VD Dietlinde **Buchleitner**
HD Gerhard **Velisek**
Edda **Egger**
VD OSR Wiltrud **Hauptmann**
Helmut **Piber**
SR Inge **Maurer**

65 Jahre:

VD OSR Johannes **Tolmaier**
SR Franz **Knes**
HD OSR Alois **Sticker**
Ute **Galler**
Christa **Marx**
SR Max **Raninger**
Dorothea **Großegger**
SR Gertrud **Zimek**
HD OSR Manfred **Fleischhacker**
SR Dorothea **Werhonig**
SR Christine **Rainer**
Christa **Loibnegger**
Mag. Peter **Ebner**
Helga **Isatitsch**
SR Wolfgang **Kreuzer**
HD Edith **Florian**
Renate **Barta**
HD OSR Ingeborg **Steiner**
Gert **Weinhandl**
SR Manfred **Högler**
Sybille Gisela **Smolak**
VD OSR Romana **Peter**
Ruth **Schüssler**
Maria **Martinovic**

60 Jahre:

Ingrid **Baier**
VD Agnes **Klein**
VD OSR Friedrich **Leitner**

SR Karin **Papst**
Mag. Irene **Lyssy**
Mag. Waltraud **Lyssy**
Julius **Steindorfer**
Hans **Häuser**
Hans **Jurz**
Harald **Kunstätter**
SR Felicitas **Tripolt**
Heidemarie **Kerschbaumsteiner**
Elisabeth **Princic**
Veronika **Kainz**
SR Maria **Troppan**
Helmut **Keuschnig**
Margarethe **Obid**
VD Monika **Ginhart**
Egon **Mösslacher**
Margit **Decker**
Christine **Gabriel**
SD OSR Mag. Franz **Valentinitsch**
Sieglinde **Volleritsch**
Martina **Smoliner**
Sieglinde **Mirnig**
Monika **Jelenc**
Elfriede **Ossig**
Christiane **Klavora**
Rudolf **Hasler**
Michaela **Ebner**
OSR HD Mag. Dr. Dietmar **Pizzato**
Monika **Kaimer**
SR Isolde **Reeve**
VD Josef **Kraiger**
Ingrid **Roschen**
Maria **Salcher**
SR Wilfried **Rom**
VD OSR Karl **Wunder**
Blandine **Huber**
Astrid **Tabernig**
VD Ernestine **Trattinig**

LEHRER **SLÖ**
Stimme KÄRNTEN

Impressum:

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
SLÖ-Landesgruppe Kärnten.
Redaktion: Hermann Pansi, Manfred Stranacher und
Stefan Sandrieser, 10.-Oktober-Straße 28,
9020 Klagenfurt am Wörthersee.
Gestaltung: Satz & Design Schöffauer, Ebentaler Str. 100,
9020 Klagenfurt am Wörthersee.
Druck: Satz & Druck Team DruckereigesmbH
Feschnigstraße 232, 9020 Klagenfurt am Wörthersee.
Offenlegung nach § 25 MedienG. Medieninhaber:
SLÖ-Landesgruppe Kärnten, Hermann Pansi, 10.-Oktober-
Straße 28/1, 9020 Klagenfurt am Wörthersee.
Erklärung über die grundlegende Richtung: sozialdemo-
kratische Bildungs- und Schulpolitik. Namentlich gezeich-
nete Artikel geben die Meinung des/der Autors/Autorin
wieder. www.sloe-kaernten.at | sloe-ktn@spoe.at
Erscheinungsort u. Verlagspostamt: 9020 Klagenfurt
Retouren an Postfach 555, 1008 Wien